

Freier Handel oder fairer Handel?

Interview zum CETA-Handelsabkommen EU-Kanada

Bis zu seinem Ruhestand war Günther Brendle-Behnisch als Gemeindepfarrer und als Religionslehrer an verschiedenen Schulen in Mittel- und Oberfranken tätig. Zwischendurch arbeitete er über Mission EineWelt in der Aus- und Fortbildung der evangelisch-lutherischen Kirche in Kenia. Er engagiert sich bei greenpeace und attac und ist im Organisations-Team des Bündnisses „Stop TTIP, CETA, TiSA & Co. Ansbach Stadt und Land“ aktiv. Seit kurzem kandidiert er als Direktkandidat für die ÖDP (Ökologisch Demokratische Partei) bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr.

Gisela Voltz hat ihn als engagierten Verfechter für einen gerechten Welthandel zu den aktuellen Entwicklungen hinsichtlich des Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada befragt.

Was sind Ihre Hauptkritikpunkte an dem CETA-Abkommen und der EU-Freihandelspolitik?

Zum Einen die Schiedsgerichtsverfahren, auch wenn sie jetzt nicht mehr von Anwälten sondern an Investitionsgerichtshöfen mit öffentlich berufenen Richtern stattfinden sollen. Es handelt sich immer noch um einseitigen Investitionsschutz zugunsten von Unternehmen. Ein Schutz der Bevölkerung bzw. der Staaten vor negativen Folgen von Praktiken der Unternehmen ist nach wie vor nicht vorgesehen.

Zum Zweiten die Gefahr der Verwässerung von bisherigen sozialen, ökologischen oder Verbraucherschutz-Standards durch die sogenannten „Ratchet“- und „Stand still“-Klauseln. Diese besagen, dass eine einmal vorgenommen Liberalisierung/Absenkung eines Standrads nicht mehr angehoben, eine einmal vorgenommene Privatisierung, z.B. öffentl. Dienstleistungen, nicht mehr zurückgenommen werden können, also nicht mehr rekommunalisiert werden darf.

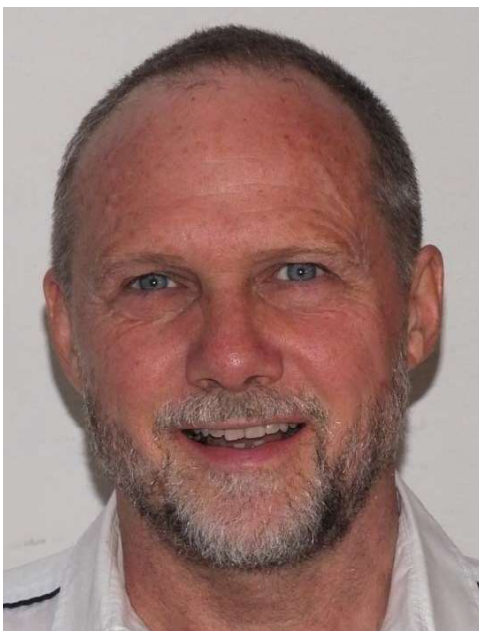
Zum Dritten, die regulatorische Kooperation, also ein gemischter Ausschuss, der das Abkommen weiter entwickeln bzw. verändern darf – da wäre dem Lobbyismus von Wirtschaftsunternehmen Tür und Tor geöffnet – das ist ein Affront gegen demokratische Regeln.

Das Bundesverfassungsgericht hat ja auch für die Beteiligung Deutschlands an CETA klare Bedingungen gestellt. Aller-

dings ist unklar, inwieweit diese in dem bisherigen Vertragswerk tatsächlich Eingang gefunden haben:

Von einer vorläufigen Inkraftsetzung ausgenommen sein müssen z.B. der Investitionsschutz, Portfolioinvestitionen, u.a. Deutschland muss des Weiteren aus dem Vertrag auch wieder aussteigen können und Entscheidungen des gemischten Ausschusses müssen einstimmig vom EU-Ministerrat oder mit Mehrheit des EU-Parlaments zugestimmt werden, Deutschland muss also ein Vetorecht haben können.

Die erhebliche Intransparenz bei den Verhandlungen ist mir ebenfalls ein Dorn im Auge.



Günther Brendle-Behnisch setzt sich engagiert für einen gerechten Welthandel und gegen das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ein.

Wie beurteilen Sie die jüngsten Entwicklungen beim Ringen um das Handelsabkommen CETA nach dem Kompromiss mit Wallonien (Belgien), mit dem die EU den CETA Vertrag nun doch unterzeichnet hat und zumindest Teile von CETA vorläufig in Kraft treten?

Wallonien gilt erst mal mein Respekt, dass sie gewagt haben, sich zur Wehr zu setzen gegen eine schleichende Liberalisierung und drohende Absenkung von wichtigen Standards. Wallonien hat jetzt einiges erreicht, wie z.B. das Ausnehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von Privatisierungen, von der Wasserversorgung bis zum Krankenhaus. Aber unklar

ist, ob die Nachbesserungen, die ja nur in einem Zusatzprotokoll stehen und nicht im eigentlichen Vertragstext, jetzt nur für Wallonien/Belgien oder für die gesamte EU, also auch für Deutschland gelten.

Sie sind Pfarrer im (Un-)Ruhestand, welche Anfragen haben Sie aus theologischer Sicht an die Freihandelspolitik der EU?

Als ChristInnen haben wir den Auftrag uns für Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Wirtschaft und Handel muss für die Menschen und die Umwelt da sein, nicht andersrum. Eine Politik, die v.a. die Interessen großer Unternehmen und Konzerne vertritt, steht da im Widerspruch. Die derzeitige Freihandelspolitik der EU ist ja leider auch keine faire Politik gegenüber den ärmeren Staaten, den sogenannten Entwicklungsländern, v.a. Afrika. Sondern eher eine Art Protektionismus und Absatzmarkterweiterung für Europa, wie man z.B. an den sogenannten EPA's – Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern – sieht. Afrika wird weiter als billiger Rohstofflieferant gesehen und hat wenig Chancen eine eigene verarbeitende Industrie aufzubauen. Eine christlich motivierte Wirtschaftspolitik muss auch die Bedürfnisse der Armen und Schwachen im Blick haben und diese nicht der Ausplünderung preisgeben. Da müssen wir mit Dietrich Bonhoeffer gesprochen „dem Rad in die Speichen fallen“.

Wie geht es nun Ihrer Meinung nach mit dem Volksbegehren gegen CETA in Bayern weiter?

Ich hoffe sehr, dass das Volksbegehren in Bayern gegen CETA vom bayerischen Innenministerium bzw. bayerischen Verfassungsgericht zugelassen wird. Sollte das Volksbegehren, das für Februar 2017 geplant ist, dann Erfolg haben, könnte Bayern vielleicht zu einem zweiten Wallonien werden und müsste im Bundesrat gegen CETA stimmen.

Ich bin ja nicht grundsätzlich gegen Handelsverträge, aber Handelsverträge sollten für alle Seiten fair gestaltet sein und v.a. reine Handelsverträge bleiben, die nicht die Demokratie gefährden.

Vielen Dank für das Interview!